



Deutsch-Afghanische Freundschafts-Gesellschaft e.V.

Podiumsdiskussion 15. Januar 2013

Um die aktuelle Entwicklung in Afghanistan zu verstehen, muß man zunächst die wesentlichen Weichenstellungen hervorheben. Diese sind nach meiner persönlichen Auffassung folgende:

I. Vorbemerkung

1. Petersberger Abkommen vom 5. Dezember 2001

Wesentlicher Fehler war die Auswahl der Teilnehmer auf dieser Konferenz mit Schwerpunkt auf die Nordallianz und Warlords, die in den folgenden Jahren ihre Machtposition festigen und ausbauen konnten. Nach unbestätigten öffentlichen Berichten soll die Gewogenheit der Nordallianz-Vertreter für ein US-amerikanisches Konsortium für den Bau der Oel/Gas-Pipeline mit ein Grund gewesen sein. Die Identifizierung einer vom Bürgerkrieg unbelasteten Elite wurde versäumt

2. Verlegung des militärischen Schwerpunktes der USA (März 2003)

Die Machtstrukturen z.B. in 1994 in Afghanistan waren geprägt von Warlords im Norden und „Tribal-Strukturen“ im Süden. Die Taliban haben vor allem im Süden ihre Machtposition aufbauen können, während im Norden die „Nordallianz“ bis auf die sog. Pashtun-Pockets wesentlicher Machtfaktor waren. Mit der finanziellen und logistischen Unterstützung der U.S.A zunächst für die Taliban (gegen die Russen) und später für die Mujaheddin (gegen die Taliban) wurde der „Spaltpilz“ und der bis heute andauernde Bürgerkrieg überhaupt möglich.

Mit dem Eintritt in den Irak-Krieg der U.S.A. in 2003 wurde die weitere Entwicklung in Afghanistan an der „langen Leine“ fortgeführt – unter anderem mit einem „Friedensabkommen“ mit den Taliban im Süden Afghanistans. Die friedliche Koexistenz fand nicht statt. Die Taliban haben ihre Machtbereiche ausgedehnt und in den anderen Provinzen den Aufbau von „Good Governance“ und Aufbau der Zivilgesellschaft verhindert. Das Wiedererstarken der Taliban ist wesentliches Ergebnis dieser Entwicklung. Afghanistan hat mit dieser Entwicklung 10 Jahre Wiederaufbauarbeit verloren.

3. Haltung der Nachbarn Pakistan/Iran

Die Nachbarn haben offensichtlich kein Interesse an einer Stabilisierung Afghanistans gehabt. Es ist inzwischen quasi offiziell, daß der pakistanische Geheimdienst ISI wesentlicher Promotor der Insurgenten in der Zeit 2001 – 2011 in Afghanistan war. Diese permanente Bedrohung vor allem im Großraum der sog. Durand-Linie hat zu einer erheblichen Destabilisierung Afghanistans bis heute beigetragen.

II. Thesen

1. Militärischer Ansatz (Sicherheit)

Mit der 3.ten UN-Resolution vom 20.12.2001 (Resolution 1386/2001) wurde die internationale Friedenstruppe eingesetzt. Mit der Zweiteilung des Einsatzes in „**Induring Freedom**“ – einem Kampfeinsatz – und in „**ISAF**“ – einem Stabilisierungseinsatz – wurde der erste entscheidende Fehler begangen.

Während (unter deutscher Beteiligung) die „Enduring Freedom-Mission“ einen Kriegseinsatz darstellte, wurde in Deutschland der ISAF-Einsatz als Mission „bewaffneter Wiederaufbauhelfer“ postuliert. Es galt das geflügelte Wort „Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“. Unter Rückgriff der Entscheidung des BVerfG in 1994 (BVerfGE 90, 286 ff) zu den Regelungen des Grundgesetzes (Art. 87a und 24, 25 GG) wurde der Verteidigungsfall gem. Art. 5 des NATO-Vertrages als Wahrung des Friedens in einem System kollektiver Sicherheit gerechtfertigt.

Auftrag der Bundeswehr im Rahmen der ISAF war das Schaffen eines sicheren Umfeldes für die zivilen Wiederaufbauorganisationen – ab 11/ 2003 vor allem im Nordosten Afghanistans – Kunduz; Baghlan, Thakar und Badakhsan. Analog zu früheren UN-Einsätzen durften deutsche Soldaten nur von der Schußwaffe Gebrauch machen, wenn sie direkt angegriffen wurden. Damit wollte man den besonderen defensiven (Verteidigungs-) Charakter herausstellen. Man hatte offensichtlich von SFOR und KFOR nichts gelernt – oder wollte es aufgrund des öffentlichen Drucks nicht wahrhaben.

Erst in 7/2009 wurden die Regelungen geändert – nach dem bekannten Tanklasterangriff in Kunduz unter Oberst Klein wurde dann auch von dem damaligen Bundesverteidigungsminister zu Gutenberg zum ersten Male öffentlich von einem „kriegsähnlichem Einsatz“ gesprochen.

Vor allem im Norden wurden durch nationale Vorbehalte von bis zu 34 Staaten eine Militärführung sehr erschwert. Im Ergebnis haben dann die US-Streitkräfte vermehrt ab Mitte 2009 ca. 4.500 Soldaten in den Norden geführt, um hier ihr „IRAK-Konzept“ nachhaltig umzusetzen. Es wurden neben der ANP nun auch Dorfpolizisten und/oder Milizen zur Herstellung der öffentlichen Ordnung eingesetzt. Nach jahrelanger Abrüstung erfolgte nun eine partielle Aufrüstung „im ländlichen Raum“.

Bis heute gibt es kein sicheres Umfeld in Afghanistan. Die Sicherheitslage ist instabil. Während im Süden und entlang der Grenze zu Pakistan vor allem die Taliban zunehmend weite Gebiete in ihrer Hand halten, sind es im Norden vor allem mafiöse, kriminelle Strukturen. Der Opiumhandel hat unter ISAF eine neue Dimension gewonnen.

Der Transformationsprozeß (Übergabe der sicherheitsverantwortung an die afghanische Polizei) ist politisch gewollt und dient in seiner Abarbeitung im wesentlichen dem beschlossenen Abzug der NATO-Truppen in 2014.

2. Ziviler Wiederaufbau

Der zivile Wiederaufbau erfolgte seit 2001 unter maßgeblicher Federführung bestimmter Länder: z.B. Deutschland war zuständig für den Polizeiaufbau, Italien für die Rechtsstaatlichkeit. Der Erfolg war nicht erkennbar. Neben EUPOL sind nun verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Konzepten am Werk. Die UNAMA, die eigentlich den zivilen Wiederaufbau koordinieren sollte, war überfordert.

Jeder Geldgeber hat im wesentlichen „sein Programm“ durchgezogen. Hierdurch wurde ein Nebeneinander mit teilweise unsinnigen Ergebnissen produziert. In Deutschland kam hinzu, daß die Ressort-Eifersüchteleien ein Nebeneinander von AA, BMZ und BMVg erzeugte, das den Afghanen nicht vermittelbar war und ist.

Wurden in 2001 – 2004 noch teilweise Projekte am grünen Tisch geplant und in Verkennung der realen Situation (Stichwort Einführung Grüner Punkt, Gründung Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände) mit viel Geld umgesetzt, hat sich die Implementierung der Projekte in aktueller Zeit verbessert.

Beispiele des Wahnsinns: Mit Leuchtturmprojekten hat die internationale Gemeinschaft vor allem ihre eigenen Unternehmen am Wiederaufbau beteiligt. So werden bis zu ca. 68% der Baumaßnahmen von internationalen Unternehmen durchgeführt. Die ca. 75 km lange Heiratan-Bahn nach Mazar-e Sharif wurde von einem usbekischen Unternehmer mit (überwiegend) usbekischen Arbeitern gebaut. In Faisabad speist sich die öffentliche Beleuchtung durch Voltaik-Segel. Es wurden Polizeigebäude mit neuester Technik für 700.000 – 1,5 Mio € gebaut. Bei der hohen Analphabetenrate bei der Polizei stellt sich die Frage, wieso in einem 3. Weltland die neueste Technik importiert werden mußte. Ab Ende 2009 wurden seitens ISAF die ersten Schritte unternommen, Bauprojekte unter militärischer Leitung nach „afghan standard“ zu errichten, da die Unterhaltung der vordem nach westlichen Standards errichteten Gebäude größtenteils mißlang.

Bei ca. 75% Arbeitslosigkeit sind die Benefits nicht bei der Masse der Afghanen angekommen – Ergebnis: Zunehmende Unruhen in Charadara bei Kunduz und Pol-e Chomri sowie in anderen Teilen Afghanistans seit 2009.

Hätte man konsequent das viele Geld für „cash for work“-Programme eingesetzt, sähe die Entwicklung heute anders aus: Bei einem Tageslohn von 5 US\$ hätte man z.B. durch ein Straßenbauprogramm von Dorf zu Dorf eine nachhaltige Befriedung und zugleich eine Infrastruktur á la Afghanistan schaffen können. Diese Straßen sowie der Bau von Brücken würden dann den Absatz landwirtschaftlicher Produkte in der Fläche nachhaltig fördern.

Dieses von meiner Gesellschaft in 2009 vorgestellte „Afghan Gravel Road-Program“ wurde von den dt. Ministerien, der Weltbank und anderen Organisationen (u.a. USAID) mit höflichem Desinteresse zur Kenntnis genommen.

3. (Rechtsstaatlichkeit) Governance

In allen internationalen Konferenzen ist die Regierung Karzai angemahnt worden, endlich Reformen durchzusetzen und die Korruption zu bekämpfen. Was 2001 noch Bachschesch war, ist heute knallharte Korruption. 90% der Verwaltung soll korrupt sein; 40% der Richter und Staatsanwälte nehmen Bestechungsgelder, gefolgt von Polizei und Staatsdienern. Es gibt kein Rechtsstaatssystem, das funktioniert; in Rule of Law-Projekten sollen mühsam den Richtern, Staatsanwälten und der Polizei das Recht nahegebracht werden (z.B. Durchführung eines rechtsstaatlichen Ermittlungsverfahrens usw.).

In 2012 wurde mir von der UNAMA in Mazar-e Sharif berichtet, daß es in den Provinzen um Balkh Distrikte gibt, wo sich weder Polizei noch Gerichtsbarkeit hinzufahren traut. Ergebnis: Die staatlichen Gerichte werden durch shuras/jirgas nach Maßgabe der Sharia ersetzt. Governance und Rule of Law findet also nicht landesweit, sondern vor allem (wenn überhaupt) nur in den Metropolen statt.

4. Programm 2014-2024

Die letzten Konferenzen u.a. in Tokio, Bonn und Chicago sowie Kabul haben eine „road map“ erarbeitet, nach dem in den Feldern

- Landwirtschaft
- Bodenschätze
- Bildung
- Infrastruktur
- Reform und Rechtsstaatlichkeit

Ziel ist es, daß sich die afghanische Wirtschaft zunehmend bis 2024 so erfolgreich entwickelt, daß sich die Steuereinnahmen von aktuell 17 Mrd US\$ Steuereinnahmen auf ca. 50 Mrd US\$ in 2024/25 entwickelt.

Bereits heute zeichnet sich ab, daß die Annahmen zu optimistisch sind: Die Bodenschätze z.B. werden nicht wie geplant verwertet, da es hierzu keine Rechtssicherheit für internationale Konzerne gibt. Von dem ergeizigen Ziel, den Straßenbau und die Eisenbahn flächendeckend zu implementieren, ist man weit entfernt. Mangels Rechtssicherheit bei vielen landwirtschaftlichen Flächen, ungeklärten Eigentumsverhältnissen und unsicheren Marktpreisen für die Produkte stockt die Steigerung in der Agrarwirtschaft.

Hinzu kommt, daß die wenigen „Kriegsgewinnler“ in ihren Villen – den sog. Pakistani-Cakes – neben namhaften Regierungsmitgliedern zunehmend bis zu 4 – 5 Mrd US\$ jährlich außer Landes bringen. Tendenz: Zunehmend.

III. Ausblick

Herr Ruttig und Frau Maaß, zwei ausgewiesene Afghanistanexperten, haben vier Optionen nach 2014 ausgemacht. Ich beschränke mich auf die wahrscheinlichste, da sie annähernd den Machtverhältnissen in 1993/94 entspricht:

Im Norden werden die Warlords ihren Einflußbereich sichern, im Süden die Taliban. In Kabul wird eine korrupte, machtlose Regierung sitzen und alle werden sich arrangieren, sofern jeder seinen Teil am Vermögenszuwachs generieren kann. Diese fragile, instabile Allianz der Gierigen wird durch die Nachbarn immer wieder hart auf die Probe gestellt werden – zulasten der afghanischen Bevölkerung

Am 14. Juni 2012 wurden in Kabul die Schlussfolgerungen der Regionalkonferenz des Heart-of-Asia-Prozesses vorgestellt, in dem Arbeitsgruppen zu bestimmten Feldern eingerichtet wurden. Deutschland steht keiner einzigen Arbeitsgruppe vor. Es beschränkt sich auf reine Unterstützung.

Gestartet mit der Initiative in 2001 beschränkt sich Deutschland nun auf eine Beobachterrolle. Das, obwohl und gerade wir auch besondere wirtschaftliche Interessen an dem asiatischen Raum haben sollten.

Vergessen ist das besondere Verhältnis zwischen unseren Staaten – erinnert sei an den Besuch des Königs in 1928, wo Afghanistan als erstes Land die Weimarer Republik völkerrechtlich anerkannt hat.

Seit meinem ersten Einsatz in 2004 habe ich immer wieder von meinen afghanischen Freunden und Kollegen erfahren, daß man vor allem Deutschland vertraut und von uns lernen will, wie man sein Land wieder aufbaut. Der sehr gute Ruf unserer Ingenieure eilte uns voraus. Die Geschichte wird ein Urteil darüber fällen, wieso dieser Pioniergeist vollständig ausgeblieben ist.

Ich würde mich freuen, wenn sich die SPD wieder für ein engagiertes ziviles Engagement Deutschlands mit Führungsfunktion stark machen würde. Weiterhin sollte die Forderung des Präsidentschaftskandidaten Dr. Bashardost unterstützt werden, der freie und faire Wahlen in 2014 fordert:

Teilnahme von zwei ständigen stimmberechtigten UN-Beobachtern in dem unabhängigen Wahlkampf-Komitee. Jeder Kandidat, dem nachgewiesen wird, daß er sich bei der Präsidentschaftswahl 2014 Stimmen illegal beschafft hat, wird aus der Kandidatenliste gestrichen. Wird er trotzdem Präsident, werden die zugesagten internationalen Hilfsmittel eingefroren.

Afghanistan braucht einen integeren Präsidenten, um dann mit einer engagierten vom Bürgerkrieg unbelasteten jungen Elite das Land von Korruption, Vetternwirtschaft und dem Opiumdiktat zu befreien.